

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

6.7.1884 (No. 159)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 6. Juli.

№ 159.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 66 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Vorstand Höchstihres Geheimen Kabinetts, Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Großkreuzes des Franz Josef-Ordens zu erteilen.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 5. Juli.

Nachdem der Bundesrath dem Unfallversicherungs-Gesetz zugestimmt hat, darf man dessen Veröffentlichung in kurzer Frist entgegensehen. Das Gesetz ist die wichtigste und beste Frucht der sonst nicht allzu fruchtbaren Session. Von ganz besonderer Wichtigkeit war es, daß das Gesetz von einer so bedeutenden Mehrheit angenommen wurde und nicht als ein einseitiges Parteigesetz erscheint. Gern erkennen wir an — bemerkt die „Köln. Ztg.“ — daß die konservativ-merikale Mehrheit staatsklug und taktvoll gehandelt hat, als sie noch in letzter Stunde durch namhafte von der Regierung selbst empfohlene Zugeständnisse den Nationalliberalen die Zustimmung ermöglichte; sie hat damit befunden, daß es eine Unmöglichkeit ist, große socialpolitische Reformen in Kampfe und Widerspruch gegen den gemäßigten Liberalismus und auch diejenige Richtung des letzteren durchzuführen, welche die Nothwendigkeit solcher Reformen anerkennt und dem Staat das Recht und die Pflicht, sich in diese Dinge einzumischen, nicht abspricht. Während der Verhandlungen im Reichstag ist von deutsch-freisinniger Seite ein Anlauf genommen worden, diese Angelegenheit zu einer großen Hege gegen die Nationalliberalen auszubenten. Dieser Versuch ist schon jetzt dermaßen gescheitert, daß er von den Urhebern selbst aufgegeben zu werden scheint. Es ist wenigstens schon recht still mit der Ausbeutung des Unfallversicherungs-Gesetzes gegen die Nationalliberalen geworden. Die Gegner scheinen sich schon jetzt überzeugt zu haben, daß das kein geeigneter Boden ist, um die Nationalliberalen vor dem Volke anzuklagen und triumphierend auf die eigenen Leistungen hinzuweisen. Eine Partei, die heutzutage auf dem Gebiete der socialen Reformfrage über die reine Verneinung nicht hinwegkommt, ist verloren und gerichtet. Als bald nach der Fusion hieß es, die deutsch-freisinnige Partei habe eine socialpolitische Kommission niedergesetzt, um positive Gegenvorschläge gegenüber der herrschenden Richtung der Gesetzgebung zu machen. Wie ist von der Thätigkeit dieser Kommission ein Sterbenswörtchen in die Öffentlichkeit gedrungen. Die deutsch-freisinnige Partei hat eben nichts zu bieten als das bekannte „Hilf dir selbst“. Mit diesem sicher ganz gut gemeinten Rathschlag ist aber den armen Arbeitern in Wirklichkeit nicht geholfen.

Die Freiburger Stadtverordneten-Wahlen und die Städteordnung.

In einem auch in den „Freiburger Boten“ übergegangenem Artikel des „Bad. Beobachters“ über „die Freiburger Stadtverordneten-Wahlen“ wird für die Niederlage, welche bei diesen Wahlen in der Klasse der Mittelbesteuerten und in jener der Höchstbesteuerten die nicht-liberale Partei erlitten hat, „die nationalliberale Gesetzgebungsmaschine“ verantwortlich gemacht.

Es wird ausgeführt, die Großh. Regierung habe lediglich deshalb, weil in den Städten Mannheim, Pforzheim und Freiburg den Nationalliberalen „das Heft aus den Händen gewunden worden sei“ und ähnliches auch in anderen Städten gedroht habe, als bald ein Gesetz vorgelegt und durchgesetzt, worin „die Nationalliberalen in den Städten mit einem Drittel Wählern zwei Drittel Stadtverordnete und die Nichtnationalliberalen mit zwei Drittel Wählern ein Drittel Stadtverordnete erhalten sollen“, ein Gesetz, „welches einfach sagt, daß ein Zwölftel reicher Leute gerade so viel Stimmrecht haben, als neun Zwölftel unbemittelte Leute, d. h., daß die Stimme eines Reichthums neunmal so viel gelte, als die eines minder Vermöglichen“. Dieses Gesetz — es ist das Gesetz vom 12. Mai 1882 gemeint — wird geradezu als ein „Gewaltakt“ bezeichnet, welcher „den Nieder- und Mittelbesteuerten ihr an sich schon übermäßig beschränktes Wahlrecht noch mehr geschnitten habe und zwar annähernd bis zur Rechtlosigkeit“.

Wie völlig nichtig diese in so maßloser und zur Aufreizung der weniger bemittelten Klassen gegen die Bemittelteren geeigneten Weise gegen das Gesetz und gegen die gesetzgebenden Faktoren geschleuderten Beschuldigungen sind, zeigt ein kurzer Blick auf die Entstehungsgeschichte und den Zweck des angefochtenen Gesetzes.

Bekanntlich ist dasselbe hervorgegangen aus der auf dem Landtage 1879/80 von dem Abgeordneten v. Feder einge-

brachten Motion auf Revision der Städteordnung und aus den dadurch veranlaßten bestimmten Anträgen der Zweiten Kammer. Sein ganz klarer Zweck war der, den § 34 der Städteordnung über die Klasseneinteilung bei den Wahlen in den Bürgerausschüß so zu gestalten, daß die ursprüngliche Absicht dieser Bestimmung auch wirklich erreicht werde. Diese Absicht ging, wie in der Motion des Abg. v. Feder, in den Kommissionsberichten beider Kammern und in der Begründung zu dem angefochtenen Gesetz übereinstimmend anerkannt ist, dahin, daß in den Städtegemeinden zwar den bestehenden Mitgliedern der Gemeinde auf Grund der aus ihrem Besitze entspringenden größeren Leistungen ein gewisses Vorrecht eingeräumt werden solle, daß aber der eigentliche Schwerpunkt in der Gemeinde im Mittelstand liegen soll, als dem Regulator zwischen den Tendenzen der ersten Klasse und den Tendenzen der dritten Klasse, welche die große Zahl der wenig zahlenden Steuerpflichtigen umfassen soll.

Zu Folge einer nicht ganz glücklichen Redaction des § 34 der Städteordnung hatte sich aber unter der Einwirkung des Erwerbsteuer-Gesetzes in einzelnen Städten eine ganz andere Zusammensetzung der drei Klassen, als die vom Gesetze gewollte, ergeben, und zwar zum Nachtheil gerade des Mittelstandes. Beispielsweise hatte in der Stadt Mannheim — wo dieses Verhältniß allerdings am schärfsten hervortrat — bei den Gemeindewahlen von 1878 die 2. Klasse enthalten: 3018 Wahlberechtigte mit einer Gesamtumlage von 189,639 M., die 3. Klasse nur 2487 Wahlberechtigte mit einer Gesamtumlage von 10,910 M.; bei den Gemeindewahlen von 1881 die 2. Klasse 3794 Wahlberechtigte mit einem Gesamtumlagebetrag von 220,822 M., die 3. Klasse nur 2180 Wahlberechtigte mit einem Umlagebetrag von 7624 M.

Mit vollem Recht konnte deshalb der Abg. v. Feder in seiner Motion sagen:

„Man mag über das Klassensystem denken wie man will, aber so kann es nicht bleiben, wie es sich herausgestellt hat; denn wenn wir einmal auf dem Boden des Klassen-Wahlsystems stehen, so muß man es doch so einrichten, daß es auch der Absicht des Gesetzes entspricht und kein entgegengesetztes Resultat hervorgerufen wird.“

Nicht ein „Gewaltakt der Nationalliberalen“ war hiernach der auf dem Landtag 1881/82 von der Regierung zur Verbesserung des § 34 der Städteordnung eingebrachte Gesetzesentwurf, sondern ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, angeregt von einem mit dem Gemeindeleben vertrauten Führer der demokratischen Partei des bad. Landtags und nicht minder seiner Zeit gewünscht von den im bad. Städtetag vertretenen Organen der Städteverwaltungen; nicht die „Reichen“ sind es, welche das Gesetz zum Nachtheil der ärmeren Klassen begünstigen will oder thatsächlich begünstigt, sondern der Mittelstand ist es, dem das Gesetz den berechtigten und nach dem Grundgedanken der Städteordnung ihm zugehörigen Einfluß auf die Gemeindeverwaltung wieder verschafft hat.

So erklärt es sich denn auch, daß dieses Gesetz s. Z. in der Zweiten Kammer keineswegs, wie der Artikel des „Bad. Beobachters“ tendenziös andeutet, die Zustimmung bloß einer Partei — der nationalliberalen — gefunden hat, sondern auch eine Reihe von Abgeordneten anderer Parteien, insbesondere der katholischen Volkspartei demselben ihre Zustimmung erteilt hat.

St. Blasien, 3. Juli. Vom deutschen Reichskanzler ist auf das von zahlreichen Unterzeichnern abgesandte Dank- und Zustimmungstelegramm betreffend die Kolonialpolitik folgende Antwort eingetroffen:

Berlin, 29. Juni 1884.

Die freundliche Begrüßung durch das Telegramm vom 28. d. M. erwidere ich mit dem Ausdruck der Verneinung darüber, daß die wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der verbündeten Regierungen in den Bergen des Schwarzwalds der gleichen Würdigung begehren wie in unsern Seeküsten.

v. Bismarck.

Deutschland.

* Berlin, 4. Juli. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Während der Abwesenheit des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck von Berlin dürfen demselben weder amtliche noch nichtamtliche Schriftstücke vorgelegt oder nachgesandt werden. Es ist deshalb auf eine Beantwortung derselben nicht zu rechnen. — An Stelle des Unterstaatssekretärs Dr. Busch, der vor einigen Tagen seinen Sommerurlaub angetreten hat, ist der preussische Gesandte in Dresden, Graf Dönhoff, in das Auswärtige Amt einberufen worden. — Der Bundesrath wird morgen eine Plenarsitzung, die letzte vor der Vertagung, abhalten und in derselben eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigen. Der Zollanschluß Bremens dürfte, entgegen früherer Mittheilungen, den Bundesrath zunächst noch nicht beschäftigen.

— Das XVI. Ergänzungsheft der Zeitschrift des preussischen Statistischen Bureau's bringt interessante Mitthei-

lungen über die zeitliche Entwicklung der Steigerung der Gemeindeabgaben in Preußen, denen wir folgendes entnehmen. Bezüglich der Stadtgemeinden läßt sich die Steigerung bis in das Jahr 1849 zurück verfolgen, wobei es sich jedoch empfiehlt, um der inzwischen erfolgten Vermehrung der Zahl der Städte, sowie namentlich der Zunahme ihrer Einwohner Rechnung zu tragen, nur die auf den Kopf der Bevölkerung fallenden Durchschnittsbeträge zu vergleichen. Nach den amtlichen Aufnahmen stellten sich die auf den Kopf der städtischen Bevölkerung fallenden Gemeindeabgaben im Jahre 1849 auf 3,77 M., 1869 auf 6,47 M., 1876 auf 9,58 M., 1880—81 auf 10,53 M. und 1883—84 auf 11,42 M., so daß die Steigerung des letzteren Jahres gegen 1880—81 rund 8 Proz., gegen 1876 rund 20 Proz., gegen 1869 77 Proz. und gegen 1849 196 Proz. beträgt. Die vorstehenden Zahlen sind Durchschnittswerte für den ganzen Staat; was die einzelnen Provinzen betrifft, so ist bemerkenswerth die beträchtliche Steigerung der Kopfbeträge von 1869 auf 1876 in Berlin um 48 Proz., in Hessen-Nassau um 36 und in Rheinland um 61 Proz., ferner von 1876 auf 1880—81 in Hannover um 52 und in Hessen-Nassau um 24 Proz., endlich von 1880—81 auf 1883—84 in Schleswig-Holstein um 12 und in Westfalen bezw. Hessen-Nassau je um 17 Proz. Dagegen weist Berlin für 1880—81 gegen 1876 eine geringe Abnahme des Gemeindesteuer-Kopfbetrags auf. Eine solche Abnahme findet sich insbesondere auch in den Landgemeinden. Dieselben zeigen zwar im allgemeinen Staatsdurchschnitt von 1876 auf 1880—81 eine Steigerung von 0,06 M. und von 1880—81 auf 1883—84 eine solche um 0,26 M. pro Kopf; allein es fand in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Sachsen und Pommern von 1876 auf 1880—81 und in Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Hohenzollern von 1880—81 auf 1883—84 eine Abnahme der Kopfbeträge statt. Im allgemeinen sehen wir jedoch, daß die Steigerung der Gemeindeabgaben als die Regel zu betrachten ist. Diese Steigerung betrug für Stadt- und Landgemeinden zusammen von 1876 auf 1883—84 0,92 M. pro Kopf, während die vom Staate erhobenen direkten Steuern sich in derselben Zeit um 0,38 M. pro Kopf vermindert haben.

— Angesichts der Huldigungen, welche neuerdings auch die Presse des Auslandes der aufblühenden Größe Berlins spendet, ist es nicht uninteressant, von dem Rückblick Kenntniß zu nehmen, welchen die „Nat.-Ztg.“ auf die am 30. Juni beendete erste Session der neugewählten Stadtverordneten-Versammlung wirft, in welcher die Grundlagen für eine fräftige Weiterentwicklung Berlins unzertrennbar gelegt worden sind. In erster Linie ist da die Sicherung der Ausführung der Kaiser-Wilhelmstraße zu nennen. Für den Glanz und die Schönheit der Reichs-Hauptstadt ist Großes in Aussicht gestellt, und es ist für ein so bedeutungsvolles Werk ein heilvolles Zeichen, daß es nicht nur des Namens, sondern auch des speziellen Patronats des Kaisers sich zu rühmen vermag. Man kann nur hoffen und wünschen, daß die Baufunft der ihr gestellten großartigen Aufgabe sich gewachsen zeigt — die Vorbedingungen zu einer ungewöhnlichen Leistung sind nach allen Richtungen gegeben. Nächst der Sicherung der Kaiser-Wilhelmstraße ist der Abschluß des Pferdebahn-Netzes zu nennen. Fünfundsechzig Kilometer neuer Linien sollen gebaut werden; für die entsprechende Länge der Straßenzüge ist dies gleichbedeutend mit einem Aufschwung des Verkehrs und der Grundstückspreise. Die Erfahrung zeigt, wie die Pferdebahn-Linien mehr und mehr für die Städte die Bedeutung gewinnen, die in den Landschaften die Eisenbahnen haben, sie wirken bestimmend auf die ganze wirtschaftliche Entfaltung. . . . Des weiteren hebt das Blatt die Verallgemeinerung der Markthallen, die zahlreichen Neuorganisationen und Bauten auf dem Gebiete des städtischen Schulwesens sowie die Errichtung einer zweiten selbständigen Sparkasse hervor, nachdem die Einlagen in der bestehenden Sparkasse die Höhe von über 50 Millionen Mark erreicht haben. Die „Nat.-Ztg.“ erwartet nun als nächste Leistung eine Reform der städtischen Miethsteuer unter Entlastung der ärmeren Klassen; die gute Finanzlage der Stadt, deren Einnahmen sich in steigender Richtung bewegen, gestattet dies. „Eine solide und rationelle Aenderung in der Amortisation der städtischen Betriebswerke hat die Mittel auch für die vermehrten Ausgaben geliefert; steigende Renten aus Pferdebahnen und Gas, steigende Steuererträge geben den städtischen Unternehmungen die gesunde finanzielle Basis.“

Gms, 4. Juli. Zur kaiserlichen Tafel wurden gestern der König von Dänemark sowie der König und die Königin von Griechenland nebst Gefolge geladen. Außerdem hatten Einladungen erhalten: der griechische Gesandte in Berlin, Rangabé, der dänische Gesandte in Paris, Graf Moltke, Fürst Salm-Dyck, Schloßhauptmann Graf Dönhoff und Babelommissar v. Lepel. Nach dem Diner nahm der Kaiser den Vortrag des Wirklichen Geheimen Legationsraths v. Bülow entgegen, geleitete seine hohen Gäste um

7 1/2 Uhr nach dem Bahnhof und machte sodann noch eine Spazierfahrt an der Bahn aufwärts.

Wiesbaden, 4. Juli. Der König und die Königin von Dänemark sind heute nach Schloß Philippsruhe zum Besuch der Landgräfin von Hessen abgereist. Von dort werden dieselben sich morgen nach Gmunden begeben. Der König und die Königin von Griechenland beabsichtigen noch einige Zeit hier zu bleiben.

Frankfurt, 3. Juli. Das Präsidium des Deutschen Kolonialvereins veröffentlicht neben dem Schreiben an den Reichskanzler Fürsten Bismarck, in welchem die Vertagung der Berathung des Postschiff-Entwurfs beklagt wird, auch eine „Resolution“, in welcher die verbündeten Regierungen ersucht werden, diese für die überseeischen deutschen Handelsbeziehungen so hochwichtige Vorlage wiederholt vorzulegen. Die Mitglieder des Vereins werden aufgefordert, die auf Hebung des deutschen Handels gerichteten Bestrebungen der Reichsregierung nach Kräften zu unterstützen.

Niederlande.

Haag, 4. Juli. In der Zweiten Kammer erklärte die Regierung, das Gesetz über die Regentschaft werde nächstens im Ministerrathe erörtert werden. Der König habe seinen bezüglichen Willen bereits ausgesprochen. Wahrscheinlich würden die Kammern im August einberufen, um in gemeinsamen Sitzungen das Gesetz zu beraten. Auch liege eine beschränkte Verfassungsrevision in der Absicht der Regierung.

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Der Ministerpräsident Jules Ferry konferierte heute mit dem aus London hier eingetroffenen Botschafter Waddington. — Der chinesische Gesandte Li-Fong-Pao ist hier eingetroffen. — Die Mitglieder der Deputirtenkammer saßen heute den Beschlüssen, die Regierung wegen der Verletzung des Vertrages von Tientsin zu interpellieren. Obgleich die Rechte die Notwendigkeit anerkennen, daß dem Vertrage Geltung verschafft werden müsse, so hält sie es doch für geboten, Erklärungen von der Regierung noch vor den Parlamentssitzungen zu verlangen. Auch die äußerste Linke wird eine Interpellation stellen. Die Mehrzahl der hiesigen Blätter dringt auf nachdrückliches Vorgehen gegen China. — Der Marineminister erhielt ein weiteres Schreiben des Dr. Rogard aus Toulon, worin derselbe wiederholt ausspricht, daß die Epidemie in Toulon im Erlöschen begriffen sei. Diefelbe könne sich hinziehen, bis die große Hitze vorüber wäre, werde aber allmählich gelinder auftreten. — Die Polizeipräfektur dementirt entschieden, daß in Paris irgend ein Cholerafall vorgekommen sei. Die Zutufy Gemeiner und anderer landwirtschaftlicher Produkte von Toulon und Marseille für die Pariser Hallen wurde verboten. — Der beirathende Ausschuss für Gesundheitspflege hielt heute Morgen Sitzung und beschloß, das Geseuch um Vertagung des Nationalfestes des 14. Juli bei der Regierung zu wiederholen. Der Kriegsminister hat inzwischen den Befehlshabern der beteiligten Armeekorps befohlen, ihre Anordnungen so zu treffen, daß die Truppen am 14. Juli am frühen Morgen stattfinden. — Heute wurde in den Werkstätten Gaget, Gauthier u. Co. das für New-York bestimmte Riesensandbild der „Freiheit, die die Welt erleuchtet“, dem amerikanischen Gesandten Morton feierlich übergeben. Conferenzpräsident Ferry, der sich noch nicht ganz wohl befindet, wohnte der Feier nicht an, bei der Herr v. Lesseps den Vorsitz einnahm. Bei Mortons Ankunft hielt Herr v. Lesseps eine Rede, in welcher er die Verbrüderung der zwei großen Nationen der alten und neuen Welt feierte. Morton dankte in englischer Sprache und sagte schließlich: „Gott gebe, daß dieses Sandbild stehe bis an's Ende der Zeiten als ein Sinnbild der unvergänglichen Sympathie und Liebe zwischen den Republiken Frankreichs und der Vereinigten Staaten.“ Grévy hatte sich durch den Major Lichtenstein vertreten lassen. Etwa 200 Personen hatten sich zu dieser Feier eingefunden.

Toulon, 4. Juli. Der Geheimrath Dr. Koch ist heute Mittag hier eingetroffen und auf dem Bahnhof von dem Marinearzt Kowier, welcher ihm während seines hiesigen Aufenthaltes beigegeben ist, empfangen worden. Dr. Koch begab sich sofort zu dem Seeprefekten, wo ihn der Generalinspektor Dr. Rogard erwartete. — Seit heute früh sind sieben Cholera-Todesfälle, somit innerhalb 24 Stunden im Ganzen zwölf vorgekommen.

Spanien.

Madrid, 1. Juli. Der Telegraph theilte bereits die Erziehung eines höheren Offiziers und eines Leutenants in Gerona mit. Diese beiden Offiziere gehörten zu denjenigen, welche im Mai den Aufstand in Santa Colonna (Catalonien) im Sinne Zorilla's inszenirten; diese Aufständischen beliefen sich auf etwa 10 Offiziere und ebenso viele Soldaten, ihre Ordnonanzen. Das Kriegsgericht hatte sie sämmtlich zum Bagno verurtheilt; der oberste Kriegs-Gerichtshof intervenirte aber, vernichtete das erste Urtheil und belegte den Führer der Revolte, sowie denjenigen Offizier mit der Todesstrafe, welcher den Posten der Kaserne kommandirte, aus der die Aufständischen entwichen waren. Auch wurden die Mitglieder des ersten Gerichtshofs zu je zwei Monaten Festungsstrafe verurtheilt, weil sie das Militär-Strafgesetzbuch falsch angewendet hatten. Die zum Tode verurtheilten Offiziere sind muthig gestorben; sie wurden, auf Stühlen sitzend, als Berräther in den Rücken geschossen. Die republikanischen Journale bezeichnen das Verhalten der Regierung als Barbarei, sie hatten eine gewisse Agitation erzeugt, um die Begnadigung der Schuldigen herbeizuführen. Der König und der Konseilpräsident Canovas del Castillo hielten je-

doch Stand, so daß die Hinrichtung in der angegebenen Weise erfolgte. Die anderen Offiziere wurden degradirt und nach dem Bagno abgeführt.

Großbritannien.

London, 4. Juli. Im Unterhaus sprach Minister Harcourt sein Bedauern aus, daß Gladstone infolge leichter Unwohlseins von der Sitzung abwesend sein werde. — Die finanziellen Beigeordneten der Konferenz hielten heute Nachmittag unter dem Vorsitze Childers eine Sitzung. Blum Pascha und Tigrane Pascha waren anwesend. — General Ohyama, der japanische Kriegsminister, ist, begleitet von dem General Mirua und einem zahlreichen Stabe, in London angekommen. Die japanischen Offiziere werden drei Wochen in England bleiben, um die Zeughäuser, das Standlager in Aldershot und die verschiedenen Festungen zu besichtigen und eine Uebersicht über alle Zweige des englischen Militärsystems zu gewinnen. Nach Beendigung ihrer Studien wird sich die Gesellschaft nach Deutschland begeben und den dortigen Herbstmanövern beiwohnen.

— Die Galerie freiwillig politischer Märtinnen hat seit gestern einen Zuwachs erhalten. Dieser Zuwachs heißt Miß Müller. Ganz London spricht heute nur von der Miß Müller. Sie ist, wie das „Miß“ andeutet, eine Jungfrau, besitzt Vermögen, denn sie wohnt in einem anständigen Hause in Cadogan Place, sie zahlt Steuern und schwärmt für Frauenrechte und insbesondere für das Frauenstimmrecht. Politische Philosophen haben den Satz ausgesprochen: „Nur Stimmrecht keine Steuern“. Miß Müller spricht diesen Satz nach und verweigert der Regierung, die jüngst das Frauenstimmrecht beiseite geschoben, jeden Zins, bis daß der Satz zur Wahrheit geworden. Miß Müller hält sich jedem männlichen Steuerzahler für ebenbürtig; hat sie nicht schon zweimal mit Ehren in der Schulamtsverwaltung gesehen! Gestern kam für sie der Tag der Ehren. Die Häher der frauenvergewaltigenden Regierung nahen sich ihrem Hause mit der Fiskusrechnung von 17 £., bereit, sich für diesen Betrag durch Möbelpfändung schadlos zu halten. Miß Müller empfing die Schergen in würdiger Weise, umgeben von einem Aropag gleichgesinnter Geschlechtsgenossinnen. Fügen wir gleich hinzu, daß Miß Müller eine gereifte Jungfrau ist von unansehnlicher Gestalt, aber nicht ohne Geschmack gekleidet. Während die Diener des Geseches listerne Blicke auf ihre Salonmöbel warfen, hielt sie an den versammelten Frauenkreis eine heldenmüthige Rede. Sie betonte die Schmach, die allen englischen Frauen durch die Verweigerung des Stimmrechts angethan würde; des Stimmrechts, das den rohen Arbeiter bewilligt worden, weshalb nicht den Frauen, deren Vorfahren, drei Wittwen, den weltgeschichtlichen Einspruch John Hampdens gegen das Schiffgeld mitunterzeichnet hätten! Sie gelobte, daß fünfzig selbständige Frauen durch Steuerverweigerung das Parlament zu Paaren treiben würden und sie will die erste dieser fünfzig Unsterblichen sein. Bald meldete sich in der Person der Miß Bewide eine zweite Märtin, freilich erst für das nächste Jahr, da sie die diesjährigen Steuern schon gezahlt. Es fehlten also noch achtundvierzig Opfer. Auf Miß Müller folgten noch mehrere Sprecherinnen und schließlich beschloß man, die Kriegserklärung in die Form einer Zuschrift an den unvermeidlichen Herrn Gladstone einzukleiden. Unterdessen besoraten die Werkzeuge der Regierung ihr Geschäft und suchten sich unter ihren Möbeln drei Stücke aus: einen eingelegten Serrator, einen altenaldischen Schrank und leider auch den Schreibtisch der Miß Müller, den treuen Genossen ihrer schriftstellerischen Thaten, den sie sich nach eigenen Anweisungen hatte bauen lassen. Er wurde ausgeleert und auf den draußen stehenden Wagen geschafft, während die Menge Fräulein Müller hochleben ließ und die vor dem Hause angehefteten Maueranschläge, in denen der Märtin beiläufige Sache auseinandergelegt war, mit lauter Stimme verlas. Und so wäre, wie eine der Rednerinnen bemerkte, der Krieg gegen die Frauenvergewaltigung begonnen. Die Presse und das Publikum behandelte Miß Müller mit autmüthigem Spotte, und sie werden weiter spotten, auch wenn man im nächsten Jahre der Dulderin das Bett verkaufen sollte. Wenn aber Miß Müller sich selbst Recht verschaffen will, wo bleibt die Achtung vor dem Geseze, die Vorbedingung jeder Stimmrechtsverleihung? Sie hat durch die Steuerverweigerung die politische Unmündigkeit ihres Geschlechts bekräftigt, nicht widerlegt.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 4. Juli. Das Storthing bewilligte heute dem Kronprinzen eine Apanage von 80,000 Kronen. — Der in der vorigen Storthingsperiode angenommene Beschluß zum Grundgesetz, wodurch das Stimmrecht für die Storthingswahlen erweitert wird, ist heute sanktionirt worden.

Bulgarien.

Sofia, 4. Juli. Die Bemühungen des Kabinettschefs Zankoff, einen Kompromiß mit den Konservativen herbeizuführen, scheinen aussichtslos zu sein und allgemein wird die Ersetzung des Kabinetts Zankoff durch ein radikales Kabinet unter Karaveloff nach der Eröffnung der Sabranje als wahrscheinlich gehalten. Selbst die Konservativen sind zumeist davon überzeugt, ein Kabinet Karaveloff werde in Betreff der Selbständigkeit Bulgariens gegenüber äußeren Einflüssen mindestens so gute Bürgschaften bieten wie ein Kabinet Zankoff, das in letzter Zeit zu sehr von dem russischen Konulat inspirirt worden sein soll. Für ebenso zweifellos gilt die Ergebenheit der radikalen Führer gegenüber dem Fürsten Alexander, welchem Slaveitoff dieser Tage in einer Audienz diese Gesinnung ausbrückte. Alle Minister und die radikalen Führer Karaveloff, Slaveitoff und Stoiloff sind bereits nach Tirnowo abgereist. Der Fürst trifft daselbst heute ein.

China.

Hongkong, 4. Juli. Das Neuter'sche Bureau meldet: Nach Berichten von chinesischer Seite über die Affaire von Langson richtete die französische Kolonne sofort nach ihrem Eintreffen vor Langson an die Garnison die Anforderung, die Stadt zu übergeben. Letztere verweigerte die Uebergabe, da sie ohne Instruktion sei, worauf eine dreitägige Frist bewilligt wurde, nach deren Ablauf die Franzosen angriffen. Dieselben wurden aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Fünf französische Offiziere geriethen in Gefangenschaft.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 5. Juli.

* Auf Grund der im verfloßenen und im laufenden Monate vorgenommenen zweiten juristischen Staatsprüfung wurden folgende Rechtspraktikanten in nachstehender Reihenfolge zu Referendären ernannt:

Dr. Gustav Schlusser aus Wiesloch,
Dr. Hugo v. Babo aus Weinheim,
Dr. Julius Loeb aus Mannheim,
Dr. Georg Müller aus Pforzheim,
Dr. Julius Jolly aus Heidelberg,
Samuel Fuchs aus Weingarten,
Ernst Walz aus Heidelberg,
Josef König aus Rittersbach,
Dr. Rafael Wertheimer aus Bühl,
Emil Bigel aus Karlsruhe,
Dr. Albert Dührer aus Reidenstein,
Edmund Schmidt aus Freiburg,
Ferdinand Kopf aus Kürzel,
Julius Helbing aus Sinsheim,
Otto Hirt aus Achern,
Dr. Oskar Grohe aus Mannheim,
Hermann Merkel aus Freiburg,
Karl Rieder aus Säckingen,
Eugen Mattes aus Hochburg,
Karl Behrer aus Stodach,
Oskar Frech aus Baden,
Karl Urnau aus Westlich,
Dr. Theodor Alt aus Mannheim,
Konstantin Strübe aus Rempten,
Karl Göring aus Freiburg,
Alfred Eschbach aus Waldshut,
Rudolf Schmieder aus Waldshut,
Julius Fellmeit aus Pforzheim,
August Kaiser aus Stetten a. f. M.,
Karl Seydel aus Kirchzarten.

* (Postalisches.) Am 7. d. M. wird in Kirchardt in Vereinigung mit der daselbst bestehenden Postanstalt eine Reichs-Telegraphenanstalt mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

* (Die Dienstkleidung der Briefträger) betreffend geht uns Nachstehendes zur Veröffentlichung zu: „Gewisse Zeitungen, welche das Aufsehen der unteren Beamtenklassen gegen die Behörde als eine den Interessen dieser Leute entsprechende Aufgabe betrachten, haben sich in den letzten Tagen mit der Dienstkleidung der Briefträger bei der jetzigen Hitze beschäftigt und dabei ganz unrichtige Angaben gemacht. Die betreffenden Zeitungen können ihr Dienstpersonal nach Belieben kleiden; für die Dienstkleidung der Postbeamten aber sind lediglich die Dienstvorschriften, und zwar bei allen Postämtern gleichmäßig, maßgebend; welche Meinung dieser oder jener darüber hat, ist und bleibt ohne allen Einfluß auf die Aufrechterhaltung der dienstlichen Ordnung.“

* (Das 4. Badische Infanterieregiment Nr. 112), welches in Mühlhausen i. E. garnisonirt, feiert am 19. November d. J. die 25te Wiederkehr des Tages, an welchem Sr. Großherzogliche Hoheit Prinz Wilhelm von Baden zum Chef des Regiments ernannt wurde. (Verl. Inferrat).

Schm. (Stadtraths-Sitzung vom 3. Juli.) Der neu gewählte dritte Bürgermeister Kramer tritt in das Kollegium ein und wird von dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Lauter, begrüßt und herzlich willkommen geheißen. — Herr Kaufmann Herr. Schweg hat eine Anzahl auf Carton aufgezogener Bilder von Fürsten des badischen Hauses für das städtische Archiv zum Geschenk gemacht. Der Stadtrath spricht hierfür seinen Dank aus. — Der Stadtrath beschließt, daß während der Aufstellung zweier neuer Pumpmaschinen für das Hof-Wasserwerk das im Hofbezirk benötigte Wasser auf etwa 6 Wochen aus der städt. Wasserleitung abgegeben werde. — Die Drucklegung des städt. Rechenschaftsberichts für das Jahr 1893 soll im Soumissionswege vergeben werden. — Die Lieferung von Leinwand für 300 im Bierordt-Bad benötigte Handtücher soll ebenfalls im Soumissionswege zur Vergebung kommen. — Die Herstellung von ungefähr 1350 Quadratmeter Cementbeton-Trottoir in dem fortgärten Landgraben wird dem Maurermeister Steph. Billing übertragen. — Die Groß- Wasser- und Straßenbau-Inspektion theilt ein Projekt über die Verlegung des Pferdebahn-Geseises auf der Landstraße Karlsruhe-Mühlburg von der jetzigen Stelle auf das südlich der Straße gelegene Kalenbanker zur Vernehmung mit. Der Stadtrath erklärt sich mit dem Projekte einverstanden. Herr Schuhmachermeister Franz Schmidt legt die abgeänderten Statuten der Schuhmacher-Zunft vor. Dieselben entsprechen auch in ihrer jetzigen Fassung immer noch nicht in allen Punkten den gesetzlichen Bestimmungen und müssen deshalb wiederholt beanstandet werden.

Herr Schuhmachermeister Franz Schmidt hat auf die bezüglich der hiesigen Schuhmacher-Zunft im letzten Sitzungsbericht des Stadtraths gemachten Mittheilungen eine mit seiner Unterschrift versehene Erklärung veröffentlicht, welche mehrfache Unrichtigkeiten enthält: Unrichtig ist die Behauptung, daß Herr Schmidt dem Referenten des Stadtraths von der durch ihn geschickten Beifügung von Namensunterschriften unter das Innungsstatut Kenntniß gegeben hat. Der Referent hat die Wahrnehmung, daß mehrere Namensunterschriften von gleicher Hand herrühren, überhaupt nicht selbst gemacht, sondern es wurde dieser Umstand von einem andern Stadtraths-Mitglied bemerkt, als die Statuten dem Stadtrath vorgelegt wurden. Der Referent hat sodann den Hrn. Schuhmachermeister Schmidt, der auch das Datum über den Namensunterschriften einseitig von sich aus geändert hatte, darauf hingewiesen, daß eine derartige Manipulation, wenn auch eine unredliche Absicht dabei nicht obwalte, unzulässig sei und daß daher, ehe das Statut zur Genehmigung empfohlen werden könne, der gedachte Mangel gehoben werden müsse. Unrichtig ist die Behauptung, daß die betreffenden Schuhmachermeister dadurch bewogen worden seien, auf die Innung zurückzukommen, daß die Statuten schon gedruckt waren. Denn als die Generalversammlung einstimmig die Auflösung der Innung und die Gründung eines Vereins beschloß, waren die gedruckten Statuten bereits unter die Mitglieder vertheilt und die Vollendung der Drucklegung mußte daher diesen bekannt sein. Daß die Schuhmachermeister durch die im Sitzungsbericht des Stadtraths bezeichneten Einwirkungen bewogen worden sind, die aufgegebenen Gründung einer Innung dennoch vorzunehmen, hat Dr. Schmidt dem Referenten des Stadtraths selbst mitgetheilt, und es darf auch diese Thatfache als hier notorisch bezeichnet werden. Richtig ist, daß in dem Innungsstatut keine Bestimmungen enthalten sind, welche die Herbeiführung der obligatorischen Innung, die Erlassung eines Verbots der fabrikmäßigen Herstellung von Schuhen und den Ausschluß von Nichtschuhamachern vom Handel mit

Schub bezwecken. Herr Schmidt hat aber dem Referenten des Stadtraths ausdrücklich erklärt, daß die Innung diese Ziele anstrebe und daß gerade deswegen eine Innung und nicht bloß ein Verein gegründet werde, weil die Innungs-Schubmacher hoffen, die gedachten Ziele nur durch ein energisches Zusammenwirken der Innungen erreichen zu können. Herr Schmidt hat diese Erklärung in Gegenwart des Hrn. Oberbürgermeisters abgegeben, welchen der Referent ersuchte, der Verhandlung anzuwohnen, damit er Gelegenheit habe, wahrzunehmen, welche bedenklichen Bestrebungen durch die stattgehabten Agitationen bei den hiesigen Schubmachern erweckt worden sind.

(Im Bierordt-Bad) wurden im Juni d. J. an Bädern verabreicht: Douche 157, Wannenbäder 1334, russische Dampfbäder 402, heiße Luftbäder 76, zusammen 1969 mit einer Einnahme von 1750 M. 15 Pf.

(Münzfälschung.) In den letzten Monaten sind in den Amtsgerichts-Bezirken Karlsruhe, Rastatt, Baden und Bruchsal zahlreiche falsche Fünfs-, Zweis- und Einmark-Stücke ausgegeben worden, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, der Verbreiter oder Hersteller dieser Fälschungen habhaft zu werden. Die meisten dieser Münzen sind schon an dem mangelhaften Gepräge und dem fetten Glanz als gefälscht zu erkennen, doch befinden sich auch besser gemachte Stücke unter ihnen, die nur bei genauer Prüfung als falsch zu erkennen sind. Für das Publikum ist es also geboten, bei der Annahme von Fünfs-, Zweis- und Einmark-Stücken die Münzen genau zu befechten und eventuell diejenigen Personen, welche falsche Münzen ausgeben, sofort festhalten zu lassen und Anzeige zu erstatten.

(Unfall.) Im östlichen Theile der Schützenstraße brach heute Vormittag ein im Bau befindliches Zinkdach zusammen, wobei ein Balier schwer verletzt worden ist.

(Porzheim, 4. Juli. (Gewerbliche Wahlen.) Als weiteren Beitrag bezüglich hiesiger gewerblicher Leistungen hervorzuheben ist, daß in den letzten Tagen Herr Mechaniker W. Stahl von hier zu der zu Tüpling nächstens zu eröffnenden Ausstellung zwei Drahtwalzen und eine Blechwalze (sog. Räderwalze) für Goldschmiede abgehandelt hat, welche sich sowohl durch Solidität, Genauigkeit und Eleganz der Arbeit, als auch in ihrer sonstigen Ausstattung durch guten Geschmack auszeichnen. Mit der Blechwalze kann Blech von einer Dicke, die geringer ist als die des dünnsten Postpapiers, hergestellt werden. Herr Stahl hat Kundenschaft im fernsten Auslande, z. B. Südamerika, Australien etc. — Die auch in die „Karlsruh. Ztg.“ übergegangene Notiz über die hiesigen Stadtraths-Wahlen ist dahin zu berichtigen, daß Herr Th. Schöber nicht unter den Gewählten ist. Derselbe ist erkrankt und befindet sich in Heidelberg.

(Heidelberg, 4. Juli. (Adresse. Wahl.) Auch die hiesige Handelskammer hat, wie dem „Frankf. Journ.“ mitgeteilt wird, eine Erklärung an den Reichskanzler Fürsten Bismarck gerichtet, worin sie ihr Bedauern über die Behandlung ausdrückt, welche der Dampferubventions-Vorlage seitens der Majorität des Reichstags geworden ist, zugleich aber der Hoffnung Raum gibt, daß die Vorlage, abermals vor den Reichstag gebracht, Annahme finden werde. — Bei der gestrigen Wahl von 16 Stadtverordneten durch die Klasse der Nieberstbesteuerten ging die vom Wahlkomite vorgeschlagene und von der Wahlversammlung am 1. d. mit großer Mehrheit angenommene Liste durch. Die Verteilung an dem Wahlorte war nur schwach. Während im Jahre 1878 von 2081 Wahlberechtigten der niederbesteuerten Klasse 1352 ihre Stimmen abgaben und im Jahre 1881, obwohl in diesem Jahre durch die beiden unmittelbar vorhergegangenen Reichstags-Wahlen (erste Wahl und Stichwahl) die Wähler wiederholt ihr Wahlrecht ausübten hatten, von 2110 Wahlberechtigten immerhin noch gerade 1000 an der Wahlurne erschienen, machten in diesem Jahre von 2359 Wahlberechtigten nur 474 von ihrem Wahlrecht Gebrauch, also knapp 20 Proz. Von den Gewählten erhielten einer 373 Stimmen, die übrigen zwischen 289 und 232 Stimmen. Die unterlegenen Kandidaten des Handwerkervereins erhielten zwischen 203 und 100 Stimmen, auf einen weiteren Namen fielen 42, auf 17 eine Stimme.

(Mosbach, 3. Juli. (Prämierung.) Heute Vormittag wurde hier die Prämierung von Zuchtskuten und Stutenfohlen derjenigen Pferde vorgenommen, deren Besitzer sich um einen Staatspreis bemüht hatten. Es waren der Musterungskommission, bestehend aus den Herren: Oberst Gehlbusch und Medizinalrath Uydin aus Karlsruhe, Bürgermeister Maßholder von Daudenzell und Bürgermeister Ludwig von Auerbach, im Ganzen 35 Pferde, 20 Stuten zurucht und 15 ein- bis zweijährige Füllen, sowie die beiden Geäste, welche bei den Fächtern Bierling und Stähle eingestell sind, angemeldet bezw. vorgeführt. Nachbenannten Landwirthen: Bierling von Kircketterhof, Hillengas von Breitenbronn, Regeger von Mittelhof, Schüler von Redareh, Groß von Breitenbronn und Schrott von Obbrigheim wurde je eine Prämie von 40 Mark zuerkannt.

(Aus der Ortenau, 4. Juli. (Gewernte. Klee würrer.) Die nunmehr beendigte Gewernte kann als eine der besten bezeichnet werden, die wir seit Jahren hatten. Denn es gab nicht nur viel und kräftiges Futter, sondern es kam auch alles gut unter Dach. — Die Wäuselplage ist nur in wenigen Bezirken aufgetreten; dagegen hat an mehreren Orten der Klee würrer so überhand genommen, daß nicht nur das diesjährige Ertragnis an Klee, sondern auch das künftiger Jahre bedroht erscheint, wenn nicht sofort etwas geschieht, jene gefährliche Schmarozerpflanze zu unterdrücken. Wäre der Boden durch Regen aufgeweicht, so würde sich das Ausbreiten der Pflanze sammt Wurzelknollen empfehlen; bei der zur Zeit herrschenden Trockenheit jedoch gewährt das Abmähen und Umpflügen der betreffenden Kleeäcker den sichersten Schutz gegen das Wiederauftreten der Pflanze, vorausgesetzt natürlich, daß andere Gewächse angebaut werden.

(St. Blasien, 2. Juli. (Einweihung einer Straße.) Begünstigt vom herrlichsten Wetter fand letzten Sonntag die Einweihung der neu erbauten Straße vom Althal unterhalb Niedermühl nach Vogelbach statt, welche das romantische Thalachthal und den Bergstock zwischen Ibach und Althal, den sog. Dachsberg, aufschließt, ein bisher dem Verkehr beinahe ganz entrücktes Gebiet. Nur durch die ausgiebige Beihilfe der Staats- und Kreiskasse ist das Zustandekommen dieses für die ganze Gegend wichtigen Baues ermöglicht worden, welches Umstandes in verschiedenen Ansprachen dankend gedacht wurde. Die einladende Gemeinde und die Einwohnerlichkeit der Umgegend, auch aus den benachbarten Orten des Bezirks Waldshut, hatten ihr möglichstes gethan, durch zahlreiche Beteiligung und festliche Veranstaltungen (Verzierungen längs der Straßenstraße, Musik- und Gesangsbeiträge) ihrer Freude über das bedeutsame Ereignis Ausdruck zu geben. Eine stattliche Reihe mit Fahnen und Laternen geschmückter Leiterwagen reichte sich nach der Begrüßung in Vogelbach den Wagen der zur Feier erschienenen

Beamten von St. Blasien und Waldshut an, welchen sich andere Gäste, darunter Se. Exc. Herr Geh. Rath Ellstätter, z. Bt. zur Erholung in St. Blasien weisend, angeschlossen hatte. Eine Menschenmenge, wie sie diese Gegend noch nie beisammen gesehen hat, folgte zu Fuße der Fabrik auf der neuen Straße hinab zu der 80 Fuß hoch über der Alb in der großartigsten Felslandschaft gespannten Brücke und dann hinauf nach der Althalstraße nach Niedermühl, wo im schattigen Grasgarten des Gasthauses zur „Sonne“ der zweite Theil der Festlichkeit seinen Verlauf nahm, eingeleitet durch das von dem Großh. Amtsvorstand ausgebrachte Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog und durch manchen Trinkspruch, durch Musik- und Gesangsbeiträge belebt. Mäße die bei dem Festtrunk ausgeprochene Hoffnung sich verwirklichen, daß nach 2 bis 3 Jahren auch das noch fehlende Stück des den soa. Dachsberg durchziehenden Straßenstückes ausgebaut sein werde!

(Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum. In Ludwigsbachen brach in der Nacht zum Freitag in der Scheuer der Frau W. Feuer aus, das auch deren Wohnhaus, sowie Scheuer und Nebengebäude des Nachbarn D. ergriff und in Asche legte. Außerdem wurden vier benachbarte Wohnhäuser mehr oder minder durch den Brand beschädigt. — Aus Ueberlingen a. R. wird berichtet, daß in der Nacht zum Donnerstag der dort flüchtiggewordene Pächter zwischen Ueberlingen und Böhringen von der Gendarmerie verhaftet worden ist. — In Mannheim wurde vorgestern Abend am Redarauer Uebergang das vierjährige Töchterchen des Bahnwärters M. durch einen mit Backsteinen beladenen Wagen überfahren und blieb auf der Stelle todt. — Der Fuhrknecht ist verhaftet.

Verschiedenes.

(Berlin, 4. Juli. (Verhandlung wegen mehrfachen Mordes.) Gestern und heute ist vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts I ein Mordprozess verhandelt worden, wie er in gleicher Scheußlichkeit glücklicher Weise unsere Gerichtshöfe außerordentlich selten beschäftigt. Der Angeklagte Gronach aus Löben hatte im November die 21jährige Emma Bloch geheiratet. Die Ehe, die anfangs auf voller Liebe ruhte, wurde recht bald eine überaus unglückliche. Der Mann zeigte sich immer mehr als gänzlich roh, herz- und gefühllos, die Frau wurde wiederholt mißhandelt, reichte schließlich im Januar die Ehescheidungsanfrage ein und zog zu ihrer Mutter, der Wittve Bloch, und zu ihren beiden Schwestern Anna und Auguste Bloch. Nach wiederholten vergeblichen Versuchen, seine Frau zu einer Sinnesänderung zu bewegen, erschien Gronach am 29. März vor der Bloch'schen Wohnung, in der nur seine Frau und seine beiden Schwägerinnen anwesend waren. Auf die Weigerung zu öffnen, stieß er mit dem Fuße die Thür ein und stand plötzlich in der Küche, während die Frauen zu fliehen suchten und der auf ihren Hilferuf hinzugekommene Vicewirth Schröter vor der Küche erschien. Gegen diesen wandte sich der Angeklagte zunächst und schlug ihn mit einem scharfen, spitzen Messer nieder, ebenso tödtete er sofort seine ihm entgegenlaufende Schwägerin Auguste und wandte sich sodann zur Wohnstube, in die sich seine Frau eingeschlossen hatte. Auch hier hielt ihn kein Hinderniß auf; er schloß sofort auf seine Frau ein, die er gleichfalls mit wenigen Messerschlägen tödtete. Dann eilte er mit dem blutigen Messer, das er sich vor der That gekauft, die Treppe hinab auf die Straße und flüchtete sich, da er verfolgt wurde, sofort in die benachbarte Polizeiwache; hier gab er sich als Mörder an. Im gestrigen Verhör bekannte sich der Angeklagte sofort schuldig, seine Frau, seine Schwägerin und den Vicewirth Schröter getödtet und gleichzeitig einen Tödtungsversuch wider seine Schwägerin Anna gemacht zu haben, bestritt aber, mit Ueberlegung gehandelt zu haben. Der Angeklagte, der sich während der ganzen Verhandlung in seiner vollen Robeit und Gefühllosigkeit bewies, erklärte bis zum Schluß, daß er keine Reue über die That empfinden könne. Auf Grund des Spruchs der Geschworenen wurde er des zweifachen Mordes, des versuchten Mordes und des Tödtungsschlages für schuldig erklärt und deshalb zum Tode für jeden Fall des Mordes, zu zehn Jahren Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte verurtheilt. Einen schauerlichen Eindruck machte es, als während der Beweisverhandlung die ärztlichen Sachverständigen von einer in der Mitte des Saales aufgestellten, mit grauem Leinen bedeckten anatomischen Figur die Hülle abstreifen und an derselben die Art der einzelnen Wunden den Geschworenen erklärten. Der Vorsitzende des Schwurgerichts hatte zwar zuvor den Zeugen, denen diese Darlegungen unangenehm seien, anheimgegeben, den Saal zu verlassen, doch war keiner der Aufforderung gefolgt.

Wetterkarte vom 5. Juli, Morgens 8 Uhr.



(Uebersicht der Witterung. Die Wetterlage hat sich seit gestern wenig geändert, bei sehr gleichmäßig vertheiltem Luftdruck und sehr schwacher Luftbewegung ist das Wetter über Centraluropa fast wolkenlos und sehr warm. Nur München meldet bei fast normaler Temperatur Regen. In Deutschland, außer im Süden, fanden wieder zahlreiche Gewitter statt, jedoch meistens ohne Niederschläge.

(Zur Schwientochlowitzer Katastrophe) wird der „Berl. Ztg.“ noch folgendes geschrieben: Die 35 Mann, welche in dem Stollen des höher gelegenen Heimganns-Flozes sich befanden, waren im Besitz einer Taschenuhr, auf deren Zeitangabe sie sorgsam achteten — allerdings nur so lange das Del in den Lampen die Unterhaltung des Lichtes möglich machte. Als aber auch die letzte Flamme ausgehen drohte, da wurde das über dem Bifferblatte angebrachte Glas zertrümmert, um mit den Fingern die Fortbewegung der Zeiger und somit ungefähr die Zeit zu bestimmen. Eine Zeilung gelang diese Manipulation, als aber die Kälte beständig zunahm und schließlich die Finger erstarren machte, vermochten die Verschütteten über die Zeit sich nicht mehr zu orientieren, und hierin ist auch der Grund zu suchen, warum sie nach erfolgter Rettung nicht anzugeben wußten, wie viel Tage sie dort „unten“ zugebracht. — Als die Hoffnung auf Erlösung aus dem Banne des Todes immer geringer wurde, haben diese fünfundsiebzig ein Stück Papier, welches zu einer Pulverpatrone verwendet worden, dazu benutzt, um gewissermaßen ihr Testament darauf niederzuschreiben. Neben den Vor- und Zunamen sämtlicher wurden Abschiedsgrüße an Weib und Kind darauf notirt. Leider ist bei dem Rettungsversuch dieses Dokument verloren gegangen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
Wien, 5. Juli. Der Augenklinik Professor Jäger ist gestorben.

Paris, 5. Juli. Li-Fong-Pao kehrt voransichtlich nicht vor Erledigung des Zwischenfalls von Langson nach Berlin zurück. Waddington wird am nächsten Montag sich nach London zurückbegeben. Die Regierung beschloß, die wegen der Unruhen in Montceau les mines verurtheilten Anarchisten, ausgenommen Fürst Krapotkin und Suisse Michel, zu begnadigen.

Marseille, 5. Juli. Während der vergangenen Nacht ist hier nur eine einzige Person an der Cholera gestorben.

Toulon, 5. Juli, Mittags. Seit gestern Abend hier sieben Choleraopfer.

Washington, 5. Juli. Das Kongressmitglied John Kasson ist zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin ernannt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Karl L. in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Andzug aus dem Standesbuch-Register. Cheaufgebote. 4. Juli. Hermann Hipp von Leisnig, Redakteur hier, mit Amalie Gläzner hier. — Hartmann Dollinger von hier, Bahnhofsarbeiter hier, mit Maria Burghard von Stebbach. — Friedr. Müllich von hier, Lokomotivbeizer hier, mit Wilhelmine Westenfelder von Leopoldsdorf.

Eheschließungen. 5. Juli. Jakob Krieger von Grödingen, Bürgermeister alda, mit Christina Alfesly Wwe., geb. Benz, von Grödingen. — Karl Konstantin von Grünmettersbach, Zimmermann hier, mit Kath. Richard von Destrangen. — Heinrich Schneider von Darmstadt, Kesselschmied hier, mit Maria Hildebrandt von Weiber.

Todesfälle. 4. Juli. Friedrich, 3 M. 14 J., B.: Gispser Stadelwieser. — Karl, 5 M. 26 J., B.: Taalshner Merk. — Adolf Wehler, Chem., Schriftfeger, 28 J. — 5. Juli. Charlotte, 4 J., B.: Schneidermeister Gromer.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Juli	Barom. in mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feucht. in %	Wind.	Himmel.
4. Nachts 9 Uhr	749.4	+23.8	13.4	61	SE	sehr bew.
5. Morgs. 7 Uhr	749.9	+19.8	12.7	74	SW	klar
Mittags 2 Uhr ¹⁾	749.3	+25.0	12.8	42	S	sehr bew.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 5. Juli, Morgs 4.14 m, gefallen 1 cm.

Rhein-Wasserwärme vom 5. Juli: 18 Grad.

Witterungsaussichten für Sonntag, 6. Juli. Es ist Fortdauer des warmen, wolfigen, zur Bildung von Gewittern geneigten Wetters zu erwarten.
Wetternachrichten-Bureau Karlsruhe.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 5. Juli 1884.			
Staatspapiere.	Buchstaben	158 3/4	
4% Reichsanleihe	103	149 1/2	
4% Preuss. Coml.	102 1/2	159 1/2	
4% Baden in fl.	101 1/2	199 1/2	
4% „ i. Wrt.	102 1/2	110	
Deuts. Goldrente	86 1/2	167	
Silber.	68 1/2	100 1/2	
4% Ungar. Goldr.	76 1/2	Loose, Wechsel etc.	
1877er Russen	94 1/2	Deft. Loose 1860	120 1/2
II. Orientanleihe	59 1/2	Wechsel a. Amst.	169. —
Italiener	94 1/2	„ Lond.	20.45
Ägypter	59 1/2	„ Paris	81.17
„ Wien	167.60		
Kreditaktien	254 3/4	Napoleonstab	16.25
Disconto-Comm.	197 1/2	Privatdisconto	3
Basler Bankver.	135 1/2	Bad. Zuckerfabrik	106 1/2
Darunfahder-Bank	151 1/2	Allali Weiser.	152 1/2
Wien. Bankverein	89 1/2	Nachbörse.	
Bahnaktien.	Kreditaktien	254 3/4	
Staatsbahn	268 1/2	Staatsbahn	268 1/2
Lombarden	124 1/2	Lombarden	124 1/2
Galizier	232 1/2	Lombard: still.	
Berlin.	Wien.		
Def. Kreditakt.	511.50	Kreditaktien	303.80
„ Staatsbahn	536.	Marknoten	59.55
Lombarden	250.	Tendenz: —	
Disco-Comman.	198.	Paris.	
Laureat	104.50	4 1/2 % Anleihe	106.83
Dortmunder	70.40	Spanier	58
Marienburg	76.	Ägypter	294
Böhm. Nordbahn	—.	Dittomanne	601
Tendenz: —		Tendenz: —	

